

### Gesellschaft, Kulturpolitik und Minderheiten in Rumänien und in seinen Nachbarländern 1940/41 bis 1965

Internationale Tagung des Münchner Instituts für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas  
und dem Yassyer Geschichtsinstitut „A. D. Xenopol“ der Rumänischen Akademie  
Jassy/Rumänien, 4. bis 6. Oktober 2004

Vom 4. bis 6. Oktober 2004 fand in Jassy/ Rumänien die Tagung zum Thema: „Gesellschaft, Kulturpolitik und Minderheiten in Rumänien und in seinen Nachbarländern 1940/41 bis 1965“ statt. Sie wurde vom Münchner „Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas“ und dem Yassyer Geschichtsinstitut „A. D. Xenopol“ der Rumänischen Akademie gemeinsam veranstaltet. Mitbeteiligt waren auch die Geschichtsfakultät der Alexandru-Ioan-Cuza-Universität und das Goethe-Zentrum Jassy. Dank der guten organisatorischen Vorarbeit von Dr. Flavius Solomon verlief die Tagung erfolgreich.

Die vierzehn Vorträge der Historiker aus Deutschland, Rumänien und der Republik Moldau befassten sich mit drei Fragestellungen:

- 1) Welche Folgen hatte die Stalinisierung in Bessarabien und der Nordbukowina 1940/41 für die Minderheiten?
- 2) Gab es Widerstand gegen die Stalinisierung in Rumänien und Ungarn?
- 3) Welche Folgen hatte die Stalinisierung für die Deutschen, Ungarn, Juden und Roma in Rumänien?

Nach einer kurzen Einführung von *Krista Zach* (München) eröffnete *Igor Cașu* (Chișinău) die Reihe der Vorträge mit seiner Analyse der Politik der UdSSR in den Jahren um 1940. Er wies auf die Agitationstätigkeit der Kommunistischen Internationale in der Zwischenkriegszeit unter den slawischen Minderheiten in Bessarabien hin. Seiner Auffassung nach haben die Historiker in der Moldauischen SSR die damaligen sozialen Konflikte stark überbewertet. So interpretierten sie etwa einen Aufstandsversuch einiger Kommunisten in Tatar Bunar als Ausdruck des Klassenkampfes. Er unterstrich, dass die Aufteilung des Gebietes Bessarabiens auf die Moldauische SSR und die Ukrainische SSR 1944 Probleme geschaffen habe, die noch heute nachwirken.

*Mariana Hausleitner* (München) ging auf Parallelen in der Politik der UdSSR und des Deutschen Reiches 1940/41 ein. Mit der umfassenden Verstaatlichung aller Produktionsbereiche, dem Verbot der nichtkommunistischen Organisationen und der Deportation von potentiellen Gegnern strebten die sowjetischen Behörden eine sozial homogene Struktur in der Nordbukowina an. Ziel war die Kontrolle der gesamten Bevölkerung durch die Sicherheitspolizei. Damit die fragilen deutsch-sowjetischen Beziehungen nicht belastet würden, musste die deutsche Minderheit Bessarabiens verlassen. Hinter der rassischen Überprüfung nach der Umsiedlung stand auch ein Bestreben zur Herstellung von Homogenität, als Voraussetzung der Steuerbarkeit. Die im Warthegau angesiedelten Deutschen sollten die Germanisierung ermöglichen, die Vertreibung vieler Polen und Juden war dafür eine Voraussetzung.

*Alexandru Zub* (Jassy) ging auf die Rolle der Historiker während des Kommunismus und bei der Erforschung des Kommunismus in der Zeit nach der Wende ein. Er kritisierte jene Historiker, welche die „moldauische Nation“ als eigenständige Einheit darstellen wollen. *Cornelius Zach* (München) analysierte den sozialen

Umbruch nach 1945 in Rumänien und die Gründe, warum sich damals nicht wenige der Kommunistischen Partei anschlossen. Die Bodenreform, die viele der landlosen Rumänen begrüßten, richtete sich gegen die vom Regime diskriminierten Deutschen in Siebenbürgen und im Banat. Die Deportation vieler Banater in den Bărăgan 1951 ermöglichte auch die Versorgung von rumänischen Kolonisten mit Häusern. *Sorin Ivănescu* (Jassy) vertrat den Standpunkt, dass die rumänischen Kommunisten sich kaum friedlicher Mittel zur Gewinnung von Anhängern bedienten. Diese Partei kannte nur Indoktrination und Repression. Jeder konnte ohne Beweise verhaftet und verbannt werden. Weil beim Bau des Donaukanals Arbeitskräfte gebraucht wurden, legte der Innenminister die Zahl der Personen fest, die in jeder Region zu verhafteten und dorthin zu schaffen seien. *Dobrin Dobrinicu* (Jassy) schilderte die unterschiedlichen Formen von Widerstand gegen die Maßnahmen der Kommunisten. Seiner Meinung nach standen die bewaffneten Gruppen in den Bergen Rumäniens alle unter der Führung von General Aurel Aldea. Bis 1946 seien diese Gruppen auch von den USA und Großbritannien unterstützt worden. Der Referent erwähnte antisemitische Beiklänge in der Programmatik der Gruppe „Graiul Sânelui“ (Die Stimme des Blutes) und die antiungarische Stoßrichtung der „Haiduken von Avram Iancu“.

Das Verhältnis der Rumänen zur ungarischen Minderheit wurde in mehreren Beiträgen thematisiert. Bei *Cătălin Turliuc* (Jassy) ging es zwar vor allem um die Strukturen der Lokalverwaltung in den Jahren bis 1965. Doch in der Diskussion wurde insbesondere nach den Kompetenzen der Verwaltung in der Ungarischen Autonomen Region nachgefragt. Der Referent sah diese als recht begrenzt an. Die Autonomie der Region ermöglichte es jedoch der UdSSR, sich in interne Angelegenheiten Rumäniens einzumischen. *Lucian Năstase* (Cluj) stellte die Entstehung der Autonomen Region in einen anderen Kontext: Gerade weil die UdSSR Rumänien Nord-Siebenbürgen im Austausch gegen die 1944 abgetrennten Gebiete Nordbukowina und Bessarabien überließ, sollten durch das Sonderstatut in der Autonomen Region ethnische Konflikte entschärft werden. *Petru Groza* versuchte durch Zugeständnisse in kulturellen Fragen die ungarische Minderheit in Rumänien zu integrieren. Durch die Förderung der Industrie in diesem Gebiet konnten seit den sechziger Jahren viele Rumänen angesiedelt werden. Die veränderte ethnische Struktur wurde dann zur Legitimation, um die Sonderrechte der Region zu beschränken und das Gebiet 1968 im Zuge der Verwaltungsreform zu zerstückeln.

Zwei Beiträge beschäftigten sich mit konfessionellen Fragen. *Bogdan Moşneagu* (Jassy) untersuchte die Rolle der Griechisch-Orthodoxen Kirche in den Jahren 1945 bis 1949. Ihre Würdenträger beteiligten sich am Feldzug der Kommunisten gegen die Katholische und Griechisch-Katholische Kirche. Der Patriarch Justinian bezeichnete die Katholische Kirche als die „Kirche der Fremden“ und leistete damit Vorarbeit für die Verfolgung von Katholiken. Die Zwangsinkorporation der Griechisch-Katholischen Kirche 1949 legitimierten Sprecher der Orthodoxen Kirche als „Reintregire“ (Wiedervereinigung). Diese Position wurde nach 1990 heftig kritisiert und die Orthodoxe Kirche musste der Griechisch-Katholischen Kirche einen Teil des 1948 abgenommenen Eigentums zurückerstatten. *Marius Diaconescu* (Bukarest) befasste sich mit der Lage der Csangos in der Moldau zwischen 1945 und 1956. Bereits 1938 hatte der Staat ihnen Gottesdienste in ungarischer Sprache verboten. Seit 1946 bekamen sie ungarische Gebetsbücher durch die Initiative einiger Personen aus Ungarn. Die „Union des ungarischen Volkes“ mobilisierte die Eltern, ungarische Schulen zu fordern. Junge Lehrer aus dem Szekler-Gebiet unterrichteten in diesen Schulen. Die Schulen kamen nach 1956 unter starken Druck, die letzte wurde 1959 geschlossen.

*Juliane Brandt* (Berlin) schilderte die Minderheitenpolitik im kommunistischen Ungarn. In der ersten Phase zwischen 1945 und 1949 sollten durch die Bodenreform die landlosen Bauern versorgt werden. Dies geschah auf Kosten der deutschen Minderheit. Enteignet wurden diejenigen, die sich 1941 als Deutsche registrieren ließen. Auch viele Slowaken mussten Ungarn verlassen. In Ungarn wurden insgesamt ca. 90.000 Ungarn aus der Tschechoslowakei angesiedelt. In der zweiten Phase zwischen 1949 und 1956 hatten die Kommunisten bereits die Opposition ausgeschaltet und gewährten den Minderheiten begrenzte Rechte auf kulturellem Gebiet, wobei diese Schritte im Fall der Deutschen jeweils mit erheblichen Verzögerungen erfolgten. In den

1980er Jahren nahmen die Probleme der Roma zu. Sie galten bei Volkszählungen nicht als Minderheit, sondern als „soziale Randgruppe“. Mit den Roma in Rumänien befasste sich *Viorel Achim* (Bukarest). Ihre Entwicklung in den Nachkriegsjahren ist schwer zu erforschen, weil sie auch in Rumänien nur unzureichend bei Volkszählungen erfasst wurden. Aufgrund der Erfahrung mit der Deportation nach Transnistrien von 1942 gaben viele Roma ihre ethnische Herkunft nicht an. 1945/46 schickten die sowjetischen Behörden die wenigen überlebenden Roma aus Transnistrien nach Rumänien zurück. Nur wenige Roma erhielten bei der Bodenreform von 1945 Land von deutschen Besitzern. Während nach 1945 jüdische Deportierte von jüdischen Organisationen mittels der Gelder des *Joint* unterstützt wurden, konnte die „Union der Roma“ nur geringe Hilfe leisten. Die soziale Lage verschlechterte sich, als 1950 den nomadisierenden Roma Orte zugewiesen wurden, in denen sie sesshaft werden sollten, ohne dass es dafür dort eine Infrastruktur gab.

*Hiltrun Glass* (München) untersuchte die Lage der Deutschen und Juden zwischen 1945 und 1965. Aufgrund des Drucks aus dem Deutschen Reich hatte die deutsche Minderheit 1940 besonders weitgehende Zugeständnisse erhalten, dagegen wurden die Rechte der Juden immer stärker beschnitten. Viele verloren die Staatsbürgerschaft, wurden enteignet und deportiert. Nach 1945 verkehrte sich die Lage: Die Deutschen wurden zur Zwangsarbeit in die UdSSR deportiert und enteignet. Dagegen konnten nun die Juden von außen gefördert werden: Vom *Joint* erhielten besonders Rückkehrer aus Transnistrien Hilfestellungen. Parallel zur Ausschaltung der bürgerlichen Parteien wurden die Führer der Juden 1947 zur Flucht gezwungen. Zwischen 1948 und 1953 wirkte das „Jüdische Demokratische Komitee“, das dann gleichzeitig mit dem „Deutschen Antifaschistischen Komitee“ aufgelöst wurde. Zu diesem Zeitpunkt waren die jüdischen Organisationen unter Kontrolle gebracht worden.

*Eduard Schneider* (München) stellte die deutschsprachige Presse im Banat zwischen 1944 und 1949 vor. Als einzige deutschsprachige Tagesblätter konnten die „Temesvarer Zeitung“ und die sozialdemokratische „Freiheit“ erscheinen. Sie berichteten nicht nur über das Tagesgeschehen, sondern thematisierten auch Übergriffe bei der Bodenreform und lokale Konflikte der deutschen Bevölkerung mit den Behörden. In den Kalendern dieser Blätter ist ebenfalls viel Material zu finden, das Auskunft über die Lage der Deutschen in dieser Zeit gibt.

Mariana Hausleitner

### Copyright

Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen  
in der Bundesrepublik Deutschland e.V., 2005.

Kein Teil dieser Publikation darf ohne ausdrückliche schriftliche Genehmigung der AHF in irgendeiner Form reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

AHF, Aldringenstraße 11, 80639 München  
Telefon: 089 – 13 47 29, Fax: 089 – 13 47 39  
E-Mail: [info@ahf-muenchen.de](mailto:info@ahf-muenchen.de), Website: <http://www.ahf-muenchen.de>

### Empfohlene Zitierweise / recommended citation style:

AHF-Information. 2005, Nr.025  
URL: <http://www.ahf-muenchen.de/Tagungsberichte/Berichte/pdf/2005/025-05.pdf>